

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsidentin

29. Juni 2026
Widmer Reichlin Gisela

M 445 Motion Nussbaum Adrian und Mit. über eine Strategie für Luzerner Strom / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Motion M 445 sowie das Postulat P 364 von Sarah Arnold über die Überprüfung der Beteiligung an der CKW AG werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zur Motion M 445 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Fabian Stadelmann beantragt Ablehnung. Adrian Nussbaum hält an seiner Motion fest.

Folgender Antrag liegt zum Postulat P 364 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Adrian Nussbaum: Ich danke dem Regierungsrat, dass er den Handlungsbedarf anerkennt. Die Ziele sind unbestritten. Erstens brauchen wir in unserem Kanton einen massiven Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion, primär Photovoltaik, ergänzt durch Wind und Geothermie. Zweitens braucht es ein entsprechendes Netz, Speichermöglichkeiten und übergeordnete Investitionen in diesen Bereich. Nicht irgendwann, sondern jetzt, damit man auch die saisonalen Schwankungen abfedern kann. Drittens, aus Sicht der Versorgungssicherheit, haben die letzten Jahre gezeigt, dass unsere Winterabhängigkeit vom Ausland ein Risiko ist. Es ist deshalb offensichtlich, dass die Schweiz in der Stromversorgung autarker werden muss. Eine Klammerbemerkung: Wie ich letzte Woche bereits erwähnt habe, ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass die SVP-Fraktion seit Jahren eine Politik betreibt, die uns faktisch vom Ausland abhängig macht. Aber vielleicht hören wir beim Ablehnungsantrag etwas zu dieser Thematik. Das Problem ist, dass zwischen den Zielen und der Realität relativ grosse Lücken klaffen. Das hat in unseren Augen zwei Ursachen, erstens die Technik und die Kosten. Welche Anlagen, welcher Netzausbau, welche Speicher braucht es und wer trägt die Verantwortung für die Investitionen? Zweitens, noch entscheidender ist die Organisation. Wer steuert eigentlich die Strategie, und wer trägt die Verantwortung für die Entscheide? Die Pseudoprivatisierung der Stromkonzerne und die Auslagerung von Netzen und Versorgung haben die politische Steuerung ausgehöhlt. Der Staat muss am Schluss geradestehen, aber er kann praktisch keine Führung übernehmen, wenn es um die strategischen Themen geht. Das ist ein Konstruktionsfehler. Erlauben Sie mir ein paar Beispiele. Der Kanton Luzern setzt seit Jahren politische Leitplanken. Es geht genau darum, die vorher genannten Ziele beim Ausbau beispielsweise in die Photovoltaik zu realisieren. Gleichzeitig erklärt der CEO der CKW an Anlässen und in Interviews immer und immer wieder, dass die Photovoltaik eine Sackgasse ist. Aus reiner Preislogik kann man so argumentieren. Aber das kann man nur, weil die CKW faktisch keine Verantwortung übernimmt, wenn wir tatsächlich einmal im Winter ein Problem haben, wenn wir vom Ausland keinen Strom mehr beziehen können. Die Entflechtung von Netz-, Energie- und Dienstleistungen mag auf dem Papier funktionieren. In der Praxis hören aber Investoren immer und immer wieder von der CKW, dass ihr Interesse für den Netzausbau gar nicht vorhanden ist, weil der Strom, den sie nachher von den Anlagen beziehen muss, aus ihrer Sicht zu teuer ist. Nicht zuletzt geht es um die zweite Verflechtung, nämlich zwischen der CKW und der Axpo. Wir haben als Kanton eine Beteiligung und ein Verwaltungsratsmandat. Diesbezüglich stellen wir uns Fragen zu Rollen, Prioritäten und Interessenkonflikten. Diese gilt es zu klären. Wenn wir den gordischen Knoten, den ich versucht habe zu beschreiben, lösen wollen, dann brauchen wir zuerst Klarheit über die Strategie oder, noch davor, eine Auslegeordnung, Handlungsoptionen und eine politische

Grundsatzdebatte. Wo braucht es wie viel Steuerung des Staates? Nicht zuletzt müssen wir die Verantwortung und die Haftung wieder irgendwo zusammenbringen. Der Regierungsrat will diesen Prozess starten. Ich danke dafür und bitte Sie, die beiden Vorstösse erheblich zu erklären.

Sarah Arnold: Die Stromversorgung ist keine klassische Staatsaufgabe. Aber sie ist zentral für die Versorgungssicherheit, für unsere Wirtschaft und für unseren Alltag. Entsprechend besteht auch ein hohes öffentliches Interesse, hier als Kanton handlungsfähig zu bleiben. Und genau darin liegt die Spannung. Wir haben einen Markt, aber keinen vollständigen Wettbewerb. Im Netzbereich sprechen wir von einem natürlichen Monopol. Wer das Netz betreibt, entscheidet über den Anschluss, über die Kapazitäten und letztlich auch über die Geschwindigkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Gleichzeitig ist der Kanton Luzern zwar beteiligt, hat aber seit spätestens Mai 2026 – Stichwort Aktienpaket Uri – 10,36 Prozent und damit keinen entscheidenden Einfluss. Das zeigt sich ganz konkret bei strategischen Entscheidungen innerhalb der CKW, Stichwort Carve-out der CKW Fibre Services AG an die Axpo vom 13. Juni 2025, aber auch bei der zunehmenden Integration in die Axpo-Gruppe. Beispielsweise bei der Zentralisierung von Grosskunden oder auch bei der Frage, wo investiert wird und welche Prioritäten gesetzt werden. Gerade beim Netzausbau sehen wir, wie entscheidend diese Fragen sind. Die Infrastruktur muss massiv ausgebaut werden, um Photovoltaik, Elektromobilität und Wärmepumpen überhaupt tragen zu können. Gleichzeitig entstehen neue Preismodelle und Steuerungsmechanismen im Netzbereich. Das ist hochrelevant für Haushalte, Unternehmen und den Standort Luzern. Die FDP hat dieses Spannungsfeld mit diesem Vorstoss aufgenommen und deckt sich diesbezüglich beim Punkt 4 zur Motion von Adrian Nussbaumer betreffend der Entflechtung. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass der Regierungsrat dieses Anliegen vertieft prüfen will, auch in Bezug auf das Szenario eines liberalisierten europäischen Strommarktes. Für uns ist klar, dass der Staat nicht selbst Energieversorger sein soll. Aber er muss dort eine Rolle definieren, und zwar klar, wo die Marktmechanismen nicht greifen, insbesondere im Netz und bei der kritischen Infrastruktur. Wir unterstützen sowohl die Erheblicherklärung der Motion als auch des Postulats.

Fabian Stadelmann: Wir lehnen die Motion von Adrian Nussbaum ab. Aus unserer Sicht besteht kein Bedarf für eine zusätzliche Stromstrategie des Kantons, sondern es braucht einen Marschhalt, um die Stromstrategie grundsätzlich neu zu überdenken. Die bestehenden Instrumente und Berichte im Bereich der Energiepolitik sind ausreichend. Ein weiterer Bericht würde vor allem zusätzlichen administrativen Aufwand und Kosten verursachen. Die Energieversorgung ist in der Schweiz primär auf Bundesebene geregelt und sollte nicht durch kantonale Parallelstrategien verkompliziert werden. Der Kanton Luzern soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, anstatt neue Planungsprozesse zu schaffen. Zudem hat die nationale Politik die Weichen in der Energiepolitik bereits neu gestellt. Mit der Aufhebung des Verbots für den Neubau der Atomkraftwerke (AKW) hat das Bundesparlament jetzt sogar eine komplette Neuausrichtung vollzogen, um die langfristige Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Auch auf europäischer Ebene wird die Rolle der Kernenergie neu bewertet. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnet den Ausstieg aus der Kernenergie rückblickend sogar als strategischen Fehler. Vor diesem Hintergrund erachtet die SVP-Fraktion einen zusätzlichen kantonalen Bericht und eine separate Stromstrategie als unnötig. Der Regierungsrat unterstützt das Postulat von Sarah Arnold, das tun wir auch, nämlich die Überprüfung der Beteiligung des Kantons Luzern an der CKW. Daher beantragen wir die Erheblicherklärung des Postulats. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Stromversorgung erachten wir eine Vertiefung in der Analyse der Rolle des Kantons Luzern im Energiesektor als sinnvoll und notwendig. Zwar ist die Stromversorgung in der Schweiz stark bundesrechtlich geregelt. Dennoch tragen der Kanton und die Gemeinden eine wichtige Verantwortung für stabile Rahmenbedingungen. Im Kanton Luzern spielt die CKW dabei eine zentrale Rolle, da sie in 75 Gemeinden für die Stromversorgung zuständig ist. Der Kanton Luzern hält derzeit rund 10 Prozent der Aktien und verfügt damit über eine, wenn auch begrenzte, Beteiligung, die zumindest

teilweise Einblick in die strategische Entwicklung und in die Versorgungssicherheit dieses wichtigen Unternehmens ermöglicht. Aktuelle Entwicklungen innerhalb der CKW sowie beim Mehrheitsaktionär Axpo werfen jedoch Fragen zur zukünftigen Eigenständigkeit der CKW auf. Deshalb soll der Regierungsrat prüfen, wie der Kanton seine Interessen prüft und vor allem die Versorgungssicherheit, die regionale Wertschöpfung und stabile Strompreise künftig am besten wahrgenommen werden. Dabei sollen verschiedene Optionen untersucht werden, darunter die Beteiligungsstrategie. Die Analyse wird unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen, insbesondere klima- und energiepolitische, wettbewerbs- und ordnungspolitische, finanzpolitische und volkswirtschaftliche Aspekte. Ziel ist es, ein klares, kurz- und langfristiges Zielbild für die Rolle des Kantons Luzern in der Stromversorgung zu entwickeln und zu prüfen. Dies soll zeigen, wie sich die öffentliche Hand künftig stärker für erneuerbare Energie, Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung einsetzen könnte. Mit der Annahme des Postulats schafft der Kantonsrat Grundlagen für eine fundierte und zukunftsorientierte energiepolitische Strategie des Kantons Luzern. Deshalb stimmt die SVP-Fraktion der Erheblicherklärung des Postulats von Sarah Arnold zu.

Simon Howald: Eine Strategie zu erarbeiten, die aufzeigt, mit welchen Massnahmen das Ziel einer sicheren und CO₂-neutralen Stromversorgung im Kanton Luzern erreicht werden kann, tönt grundsätzlich sinnvoll und zielführend. Die GLP-Fraktion bevorzugt jedoch die gesamtheitliche Sicht, welche alle Energieformen und die gesamte Klimathematik gegenseitig in Bezug bringt. Ausserdem sehen wir es ähnlich wie der Regierungsrat, dass die meisten Forderungen der Motion bereits im Vernehmlassungsentwurf des Planungsberichts Klima und Energie 2026 enthalten sind. Gemäss der DNA der Grünliberalen ist uns der Fokus auf den Ausbau der erneuerbaren Energien im Kanton Luzern wichtig. Dabei sollen die vorhandenen Potenziale im Einklang mit der Natur konsequent genutzt werden – sei das bei Photovoltaik, Windenergie oder Geothermie. Anreizsysteme sollen aus unserer Sicht geschaffen und ausgebaut werden, ohne unnötige Mitnahmeeffekte zuzulassen. Schlussendlich soll die Speicherthematik forciert angegangen werden, um Tagesschwankungen und saisonale Ertragsunterschiede auszugleichen. Die GLP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung der Motion von Adrian Nussbaum, weil der Planungsbericht Klima und Energie 2026 noch nicht von unserem Rat behandelt wurde. Jetzt noch ein paar Gedanken zum Postulat über die Überprüfung der Beteiligung an der CKW AG. Die GLP-Fraktion sieht die Einflussnahme mit einer Minderheitsbeteiligung von ungefähr 10 Prozent eher bescheiden. Auch der kürzlich verkündete Zukauf des CKW-Aktienpakets des Kantons Uri verändert die Situation nicht massgebend, da der Anteil des Axpo-Konzerns weit über 80 Prozent liegt. Auch mit dem Einsitz im Verwaltungsrat der CKW sehen wir kaum grössere Einflussmöglichkeiten, sondern eher mögliche Interessenskonflikte. Dieses Thema hat viele Facetten. Deswegen begrüssen wir die vertiefte Überprüfung von verschiedenen Szenarien mit Hilfe externer Unterstützung. Dabei sollen die verschiedenen Gesichtspunkte wie Klima- und Energiepolitik, Wettbewerbs- und Ordnungspolitik, Finanzpolitik und Volkswirtschaft berücksichtigt werden. Die zuständige Kommission soll regelmässig über den aktuellen Stand informiert werden. Die GLP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats von Sarah Arnold.

Samuel Zbinden: Weltweit, in der Schweiz und auch bei uns in Luzern setzt sich die Energiewende durch. Letztes Jahr haben die Erneuerbaren weltweit bereits mehr Strom geliefert als Kohle. In der Schweiz deckt die Solarenergie bereits 15 Prozent unseres Strombedarfs. Das ist eine Zahl, die Expertinnen und Experten noch vor ein paar Jahren für undenkbar gehalten haben. Der Fachbericht des Kantons zum Ausbau der Erneuerbaren zeigt, wie gross die Potenziale von Sonne, Wärme und Wind nach wie vor sind. Er zeigt auch auf, wie die Energieversorgung der Zukunft aussehen kann. Solar liefert im Frühling, im Sommer und im Herbst den grössten Teil des Stroms, dank richtigen Anreizen sogar einen Teil im Winter. Der Wind ergänzt im Winterhalbjahr. Die Wasserkraft wirkt als Speicher- und Ausgleichsbatterie. Aus Sicht der Grünen Fraktion sind zwei Punkte zentral, um das Dreamteam der Erneuerbaren weiter zu stärken. Erstens die saisonale Speicherung. Überschüssiger Solarstrom fällt im Sommer an. Den grössten Bedarf durch Wärmepumpen haben wir im Winter. Hier braucht es eine konkrete Förderung von saisonalen, unter

anderem thermischen Speichern, wie wir das auch mit einem Postulat gefordert haben. Zweitens gibt es Investitionsanreize für Solar. Wer in Solar investiert, soll belohnt werden. Die neuen Instrumente LEG (lokale Elektrizitätsgemeinschaft), ZEF (Zusammenschluss zum Energieverbrauch) und vZEF (Virtueller Zusammenschluss zum Eigenverbrauch) sind gut, brauchen in der Umsetzung aber noch Optimierungen. Hier ist der Regierungsrat gefragt. Diese zwei Punkte spricht auch die Motion an. In diesem Sinn unterstützen wir die Erheblicherklärung der Motion von Adrian Nussbaum. Wir unterstützen das Anliegen einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung mit sauberer und einheimischer Energie. Wir müssen wegkommen von Öl, von Gas und von Kohle. Völlig unverständlich ist aus unserer Sicht genau deshalb der Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion. Von Ihrer Seite habe ich in diesem Rat schon häufig Warnungen vor einer Strommangellage, Versorgungsengpässen und teuren Energiepreisen gehört. Jetzt haben wir eine Motion, die konkrete Lösungen für den Kanton Luzern vorschlägt, eine Strategie für die Versorgungssicherheit, für einheimischen Strom, der uns unabhängiger macht von Importen aus dem Ausland. Und von Ihnen kommt die Ablehnung. Was der Gegenvorschlag sein soll, ist mir rätselhaft. Sollen es noch mehr importierte, schmutzige fossile Energien sein oder ein Luftschloss namens AKW, das in den nächsten 30 Jahren keine Kilowattstunde Strom liefern wird? Das niemand ohne Subventionen bauen wird und die Entsorgung überhaupt nicht geregelt ist? Wir haben jetzt Lösungen für unsere Versorgungssicherheit im Kanton Luzern. Die Lösungen heissen Sonne, Wind, Wärme, Wasser, Geothermie. Ein konsequenter Ausbau ist gut für unsere Umwelt, für unsere Wirtschaft und für unsere Unabhängigkeit. Die Grüne Fraktion unterstützt in diesem Sinn die Erheblicherklärung der Motion von Adrian Nussbaum mit dem klaren Auftrag an den Regierungsrat, bei Speichern und bei Investitionsanreizen nachzulegen. Beim Postulat von Sarah Arnold unterstützen wir ebenfalls die Erheblicherklärung im Sinn des Regierungsrates. Einen Verkauf der CKW-Aktien halten wir nicht für sinnvoll, eine Prüfung, wie unser Einfluss gestärkt werden kann, hingegen schon. Dieser Weg soll weiterverfolgt werden.

Marc Horat: Wir sprechen heute über zwei Vorstösse rund um unsere Stromversorgung. Beide treffen aus meiner Sicht einen wunden Punkt in unserem Kanton. Der Kanton Luzern hat eine Beteiligung an der CKW. Aber wir müssen ehrlich sein: Mit gut 10 Prozent ist das mehr ein Symbol als eine Steuerungsmöglichkeit. Ich zitiere Regierungsrätin Michaela Tschour aus der Debatte der letzten Session über die Transparenz: «10 Prozent reichen nicht für eine Steuerungsmöglichkeit.» Die Mehrheit liegt klar bei der Axpo, und das merkt man auch bei der strategischen Entwicklung. Das ist ein Problem, denn die Stromversorgung ist kein x-beliebiges Geschäft. Es geht um die Grundversorgung unserer Bevölkerung, um die Versorgungssicherheit, um bezahlbare Preise und um das Erreichen unserer Klimaziele. Wir elektrifizieren unsere Gesellschaft heute immer mehr. Wärmepumpen ersetzen Öl- und Gasheizungen, Elektrofahrzeuge ersetzen Verbrennungsmotoren. Auch Industrie und Gewerbe brauchen immer mehr Strom, insbesondere im IT-Bereich mit den neuen Rechenzentren. Deshalb dürfen wir nicht nur Zuschauer bleiben. Der Kanton hat heute zu wenige Instrumente, um in diesem wichtigen Bereich wirklich mitbestimmen zu können. Beide Vorstösse, die Motion und das Postulat, setzen genau hier an. Sie fordern nicht einfach mehr Staat, sondern sie wollen wissen, wie der Kanton in dieser zentralen Frage wieder handlungsfähiger werden kann. Aus Sicht der SP-Fraktion macht das absolut Sinn. Wir unterstützen beide Vorstösse, die diese Lage vertieft analysieren wollen. Eine Analyse allein reicht nicht aus. Es braucht auch den konkreten politischen Willen, Konsequenzen zu ziehen und umzusetzen. Für die SP ist klar, dass Energiepolitik im öffentlichen Interesse gemacht werden muss und das für alle Einkommensschichten. Wir müssen hier alle mitnehmen. Die sozialpolitische Dimension dieser Ausgangslage ist nämlich nicht zu unterschätzen. Der Unmut in der Bevölkerung über die CKW ist gross, besonders bei den Personen, die in den letzten Jahren in erneuerbare Energien wie Photovoltaik investiert haben und ihren Beitrag an die Energiewende leisten wollen. Wir riskieren mit der Strategie der CKW, dass wir den Goodwill derer verlieren, die bereit waren, von Anfang an mitzuziehen und Verantwortung zu übernehmen. Das ist gefährlich. Fabian Stadelmann, Ihnen ist schon bewusst, dass es auch beim grundsätzlichen politischen Willen noch mehrere Jahrzehnte dauern wird, bis ein neues

AKW am Netz ist? Diese Zeit haben wir im Hinblick auf das Problem Klimawandel nicht. Das ist ein Luftschloss und macht auch rein wirtschaftlich keinen Sinn. Es ist eine Technologie aus der Vergangenheit ohne langfristige Zukunft. Es geht hier nicht um Ideologie, es geht hier um Verantwortung. Wenn wir heute nicht handeln, dann überlassen wir die Zukunft unserer Energieversorgung vollumfänglich anderen. Das können wir uns einfach nicht leisten.

Martin Wicki: Ich glaube, niemand hat gesagt, dass die SVP vom Ausland abhängig sein will. Übrigens kommen die Panels und das Gas auch nicht aus der Schweiz. Aber wichtig erscheint mir, dass wir nicht einfach Papier produzieren, sondern Lösungen suchen. Die CKW sagt ganz klar, dass es nicht funktioniert. Aber wir bewegen uns wieder mit vollem Rohr, viel Papier und vielen Stunden Arbeit in diese Richtung. Eigentlich müsste man in der CKW einmal zuhören und prüfen, was sie braucht. Wenn es nicht in die Richtung geht, welche die Mitte will, hört man einfach nicht zu und sagt, es sei Blödsinn. Wenn man aber derselben Meinung ist, dann ist es das Beste, das es gibt. Ich glaube, man muss anerkennen, dass man schon unterwegs ist. Aber mit so viel Papier, wie es vor allem in der Motion gefordert wird, wird es nicht besser. Der Regierungsrat hätte vielleicht Ablehnung wegen Erfüllung beantragen können. Aber schlussendlich geht es darum, dass wir sehr viel Strom haben, den wir jetzt für die Klimaanlage brauchen können, wobei diese auch verpönt sind. Das Schlimmste ist aber, dass der Strombezüger viel mehr bezahlen muss. Und derjenige, der produziert und viel investiert, muss im Sommer sogar die Solaranlage abstellen und kann den Strom nicht selbst brauchen. Das müssen wir verhindern. Das wären Lösungen und Strategien, die es braucht. Und wenn es Speicher braucht, dann kann die CKW in Vorleistung gehen. Aber das will sie auch nicht, weil es nicht rentiert. Deshalb ist wieder derjenige gefragt, der investiert. Es ist aber falsch, wenn derjenige bezahlen muss. Deshalb ist die Strategie falsch und das Ganze rundherum. Ich hoffe, dass die Mitte irgendwann den Weg einschlägt, wie das bei anderen Vorstössen der Fall ist, damit wir gemeinsam Lösungen suchen können. Sie wissen schon, was gut ist, aber wir sollten nicht mehr Papier produzieren, sondern die Investoren entlasten und endlich auf den richtigen Weg kommen.

Fabian Stadelmann: Mich hat vor drei Monaten ein Unternehmer aus Hergiswil angerufen, der eine Solaranlage installieren musste, weil er ein neues Gebäude gebaut hat. Er kann nur die Hälfte des Stroms nutzen, weil es kein Netz gibt, um den Strom einzuspeisen. Trotzdem musste die Solaranlage die vorgeschriebene Grösse erfüllen. Das wird subventioniert. Das soll ehrlich sein? Das finde ich persönlich nicht.

Roman Bolliger: In der Stellungnahme des Regierungsrates zum Postulat steht, dass auch die Option eines Zukaufs von Aktien infrage kommt, um die Einwirkungsmöglichkeit auf die CKW zu erhöhen. Ich finde das sehr sinnvoll und danke dem Regierungsrat, dass er diese Option auch in Betracht zieht. Meiner Meinung nach gehört das zu einer Auslegeordnung dazu.

Adrian Nussbaum: Fabian Stadelmann und Martin Wicki haben in ihren Voten darüber gesprochen, dass wir über die Strategie diskutieren müssen. Sie lehnen aber die Motion ab, die genau Basis dieser Diskussion ist. Ich verstehe nicht, was Sie wollen. Wenn wir tatsächlich günstigen Strom wollen, dann müssen wir hinschauen. Ich bin technologieoffen und man kann auch über AKW diskutieren.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Unser Kanton verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2050 den kantonalen Endenergiebedarf für Wärme und Strom möglichst vollständig mit erneuerbaren Energien zu decken. Das wurde mit dem Planungsbericht so vereinbart. Die neuen Technologien führen aber zu einem höheren Strombedarf. Der Planungsbericht Klima und Energie 2026 wurde vom Regierungsrat verabschiedet und wird Ihnen in den nächsten Tagen zugestellt. Die Beratungen werden nach dem Sommer stattfinden. Er hat insbesondere zwei Ziele, einerseits Effizienzpotenzial und andererseits erneuerbare Strom- und Wärmeproduktion, um mehr Eigenständigkeit, mehr Unabhängigkeit und mehr eigenen Strom zu produzieren. Die in der Motion vorgebrachten Punkte werden grossmehrheitlich im Planungsbericht Klima und Energie 2026 behandelt oder in daraus folgenden Massnahmen, unter anderem die dezentrale erneuerbare Energieversorgung, der Verzicht auf fossile Energieträger oder die

saisonale Speicherung. Einzelne Themen finden sich auch in der Revision des kantonalen Energiegesetzes. Unserem Rat ist es wichtig, dass nicht einzelne Energieträger separat betrachtet werden, sondern dass immer das gesamte Energiesystem betrachtet wird. So macht es Sinn, im Rahmen dieser Massnahmen auch die Stromstrategie zu überprüfen und auch auf die Massnahmen des Planungsberichts Klima und Energie abzustimmen. Dabei werden auch die verschiedenen Themen in neuen Vorschlägen beim Planungsbericht Klima und Energie adressiert. Noch offen ist dabei die Rolle des Kantons Luzern in der Stromversorgung und wie mit der Beteiligung an der CKW umgegangen wird. Sie haben es richtig gesagt: Zuerst sollten wir wissen, wie wir unsere Ziele umsetzen wollen. Die Ziele sind klar. Dann müssen wir eine Strategie haben, wie wir die Ziele umsetzen wollen. Je nachdem braucht es mehr oder weniger Einfluss, auch bei der CKW oder beim Energieversorger respektive beim Energiebetreiber. Das ist noch offen, und diese Fragen wollen wir in der richtigen Reihenfolge klären. Kurz einige Ausführungen zu den Voten, die ich gehört habe. Ja, der Energiemarkt in der Schweiz ist etwas verquickt, würde man sagen. Bei uns ist es beispielsweise so, dass die CKW zu rund etwas mehr als 10 Prozent neu dem Kanton Luzern gehört, ich komme darauf zurück, aber zu über 85 Prozent der Axpo. Die Axpo ist aber nicht irgendeine private Aktiengesellschaft respektive sie ist zwar eine private Aktiengesellschaft, aber die Aktien sind vollkommen im Besitz der öffentlichen Hand. So besitzen beispielsweise die Kantone Aargau und Zürich inklusive ihrer wiederum eigenen Energieversorger, die ebenfalls Anteile an der Axpo haben, knapp 50 Prozent. Zudem sind weitere Energieversorger, aber auch weitere Kantone beteiligt. Aber am Schluss, in der Endabrechnung, steht überall die öffentliche Hand dahinter. Sie können also indirekt sagen, dass andere Kantone die Besitzer unserer Energieversorgung im Kanton Luzern sind. Deshalb dürfen wir uns durchaus Gedanken darüber machen, ob wir in Zukunft selber mehr Einfluss nehmen wollen oder ob die anderen Kantone den Ton indirekt angeben. Deshalb beantragt der Regierungsrat, beide Vorstösse erheblich zu erklären, um zuerst die Strategie zu klären und anschliessend zu sehen, welche Massnahmen wir wie umsetzen können und wie wichtig die CKW ist und wie wir dort Einfluss nehmen wollen und können. Ich komme kurz zum Thema des Aktienkaufs. Wir haben darüber kommuniziert. Es sind ja nicht so viele Aktien, die wir gekauft haben. Es sind 0,4 Prozent oder etwas weniger. Mit über 10 Prozent haben wir neu zusätzliche Rechte als Minderheitsaktionäre. Sie können die Künstliche Intelligenz (KI) konsultieren. Diese wird Ihnen sagen, dass wir beispielsweise ein Squeeze-out verhindern können. Das heisst, dass die Axpo uns bei unter 10 Prozent sagen könnte, dass sie jetzt alles übernimmt und uns ein Angebot macht und wir wären raus. Es gibt auch ein zusätzliches Auskunftsrecht, beispielsweise bei einem Verkauf der CKW Fiber AG und weiterführende Kontrollen, also Sonderprüfungen, die wir einleiten können. In diesem Sinn hat es einen Mehrwert, auch wenn es nur ganz wenige Anteile sind, haben wir mehr Mitbestimmungsrechte, aber natürlich keine Mehrheit. Das ist auch ganz klar. Vielleicht haben Sie auch bemerkt, dass sich die Axpo respektive der CEO der Axpo, der auch Verwaltungsratspräsident der CKW ist, sich mehr für das Parlament interessiert. Er wird am nächsten Parlamentarieranlass der CKW anwesend sein. Ich glaube, das zeigt auch, dass das Interesse der Axpo durchaus vorhanden ist. Ich komme zurück auf die Vorstösse und möchte Ihnen noch eines mitgeben. Ich durfte dieses Jahr am Rande des WEF an einem Vortrag mit dabei sein, an dem auch Fatih Birol teilnahm. Er ist Chef der Internationalen Energieagentur und hat den Blick auf die ganze Welt. Er hat gesagt, ich zitiere, «Strom ist das Öl der Zukunft.» Strom ist das Öl der Zukunft, weil alles in Richtung Elektrifizierung geht. Weltweite Treiber sind die Elektromobilität, die Datacenter, also die ganze KI usw. Das wird enorm Strom brauchen. Das gilt natürlich auch für die Kühlung. Das erleben wir in den jetzigen Tagen, weil der Klimawandel fortschreiten wird und wir mehr Kühlung benötigen. In diesem Sinn ist Strom auch ein wichtiger Standortfaktor für die Lebensqualität der Bevölkerung, aber auch für die Wirtschaft. Da lohnt es sich natürlich, sich Gedanken darüber zu machen, was wir als Kanton Luzern wollen, wo wir Einfluss nehmen wollen und wie wir unsere Ziele erreichen können. In diesem Sinn bitte ich Sie, die beiden Vorstösse erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt die Motion M 445 mit 81 zu 23 Stimmen erheblich.